

**Nr. 17/229**

**Fragestunde**

1. Stillförderung im Lande Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Ursula Arnold-Cramer, Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 22. Januar 2008

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

2. Erhöhung der Rundfunkgebühren  
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2008

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

3. Interkultureller Kalender 2008  
Anfrage der Abgeordneten Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 23. Januar 2008

4. Kritik an Abläufen bei Fördergeldvergabe im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP)  
Anfrage der Abgeordneten Harry Nestler, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2008

5. Informationsbroschüre der SfbW zur Hochbegabtenförderung  
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2008

6. Anerkennung von Bildungsveranstaltungen  
Anfrage der Abgeordneten Michael Bartels, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Januar 2008

7. Qualifizierungsoffensive „Seehafenlogistik“  
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 29. Januar 2008

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Mülltourismus zur Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven  
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Dieter Focke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Januar 2008

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

9. Staatsvertrag Luneplate  
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 31. Januar 2008

10. Nordsee-Wattenmeer als UNESCO-Weltnaturerbe  
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Jens Dennhardt, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 31. Januar 2008

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

**Nr. 17/230**

**Keine Benachteiligung privater Grundschulen**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 26. November 2007  
(Drucksache 17/153)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 17/231**

**Keine Rotstift-Aktion zulasten der Kinderspielplätze!**

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann  
vom 27. November 2007  
(Drucksache 17/155)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 17/232**

**Opferschutz durch Prävention**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 4. Dezember 2007  
(Drucksache 17/164)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

**Nr. 17/233**

**Zügige Bearbeitung von Arbeitslosengeld-II-Verfahren weiter gewährleisten**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. November 2007  
(Drucksache 17/146)

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008**

(Drucksache 17/208)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 17/234**

**Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Rahmen der Föderalismusreform II**

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2008  
(Drucksache 17/225)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

**Nr. 17/235**

**Modernisierung der Bund-Länder-Finzen im Rahmen der Föderalismusreform II**

Antrag der Fraktion Die Linke  
vom 14. Februar 2008  
(Drucksache 17/241)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Bremens Interessen bei der Föderalismusreform II berücksichtigen**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU  
vom 19. Februar 2008  
(Drucksache 17/254)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
vom 20. Februar 2008**

(Drucksache 17/255)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat bei seinen Verhandlungen im Rahmen der durch Bundestag und Bundesrat eingesetzten gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismusreform II).

Die Bürgerschaft (Landtag) hält an den Grundsätzen eines solidarischen Föderalismus fest, in dem die stärkeren Länder die schwächeren Bundesländer stützen und in dem staatliche Standards und Leistungen unter Berücksichtigung des Verfassungsprinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gestaltet werden. Politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Vielfalt und Wettbewerb im Bundesstaat setzen voraus, dass Bund, Länder und Gemeinden grundsätzlich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben gleichermaßen zu erfüllen.

Für Bremen müssen folgende Themen im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission stehen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat dabei, bei der Föderalismusreform II sich für die Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie weitere Effizienzsteigerungen bei der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung einzusetzen. Gegenwärtig geht es dabei vorrangig um die Entwicklung von Instrumentarien für eine nachhaltige Haushaltspolitik im Interesse der bundesstaatlichen Gemeinschaft insgesamt; im Interesse unseres Bundeslandes geht es um die Bewältigung seiner extremen Haushaltsnotlage als existenzielle Voraussetzung, daran teilnehmen zu können.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich bei einer verfassungsrechtlichen Neuordnung von Regelungen zur Schuldenbegrenzung gegen ein generelles Verschuldungsverbot aus, da hierdurch die staatlichen Handlungsspielräume zu unflexibel und zu sehr eingeschränkt würden. Eindringlich unterstützt wird dagegen eine wirksame und sinnvolle Weiterentwicklung der bestehenden Verschuldungsgrenzen, die im Ergebnis zu einer strikteren Begrenzung der öffentlichen Verschuldung führt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat in seinem Bemühen, für eine verfassungsrechtliche Verschuldungsgrenze realistische Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Länder diese Grenzen auch einhalten können. Ohne faire Ausgangsbedingungen bei den Schuldenlasten der Länder und eine bedarfsgerechte Finanzierung der ihnen durch Bundesgesetze zugewiesenen Aufgaben wird eine stabile Schuldenbegrenzung nicht möglich sein. Deshalb ist es für den Erfolg der Föderalismusreform II unabdingbar, die Länder zur Herstellung fairer Ausgangsbedingungen durch Zinsbeihilfen oder einen Altschuldenfonds zu entlasten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Bereitschaft, die erheblichen Sanierungs- und Sparanstrengungen der vergangenen Jahre als bremischen „Eigenbeitrag“ zur Haushaltssanierung fortzusetzen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) hält eine Ausweitung der Autonomie der Länder auf der Einnahmeseite nur für vertretbar, wenn es dadurch nicht zu einer Schwächung der Finanzkraft und einer Verschärfung der strukturellen Unterschiede zwischen den Ländern kommt. Eine zwangsweise, durch Automatismen ausgelöste Anwendung der Steuerautonomie als „Sanktionsinstrument“ bei einer Verschlechterung der Haushaltslage wird, ebenso wie die zwangsweise Absenkung von Sozialstandards abgelehnt. Darüber hinaus wird die fiskalische Wirksamkeit derartiger Sanktionen äußerst kritisch eingeschätzt.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat dabei, sich im Rahmen der Föderalismusreform II für eine Optimierung der Steuerverwaltung in Bund und Ländern einzusetzen. Die Steuerverwaltung muss sich in erster Linie an den Grundsätzen einer gleichmäßigen, vollständigen und rechtzeitigen Steuererhebung ausrichten. Mögliche Defizite in diesem Bereich müssen sorgfältig ermittelt und abgestellt werden. Dafür müssen alle gegenwärtig diskutierten Optionen geprüft werden.
  7. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat in seiner Haltung, dass weiterhin eine durchgreifende Reform der bundesdeutschen Finanzbeziehungen erforderlich ist. Wesentliche Elemente einer dauerhaften Neuordnung sind Änderungen in der Umsatzsteuerverteilung und in der Zerlegung von Lohn- und Einkommensteuer, Anerkennung der Hafentlasten und die Überprüfung der Einwohnerwertung.
- II. Der Senat wird gebeten, die Bürgerschaft (Landtag) regelmäßig über den Stand der Verhandlungen zur Föderalismusreform II und mögliche Auswirkungen auf das Land Bremen zu unterrichten.

### **Nr. 17/237**

#### **Radio Bremen durch Finanzausgleich der ARD sichern**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. Februar 2008  
(Drucksache 17/227)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 17/238**

#### **Finanzausgleich der ARD muss neu geregelt werden – Rundfunkgebühren gerechter verteilen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 18. Februar 2008  
(Drucksache 17/244)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich bei den Verhandlungen um den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag dafür einzusetzen, dass es zu einer Verbesserung des Finanzausgleiches innerhalb der ARD kommt. Dabei soll der Senat auf ein Ergebnis hinwirken, das die Existenz der kleinen Sendeanstalten sichert.
2. Sollte es innerhalb der ARD nicht rechtzeitig vor Beginn der Gebührenperiode 2009 bis 2012 zu einer Lösung kommen, wird der Senat beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die KEF gemäß § 3 Abs. 5 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages einen Vorschlag macht, wie das bestehende System des Finanzausgleichs überarbeitet werden könnte, um die strukturelle Unterfinanzierung Radio Bremens zu beheben. Dabei soll der Senat dafür Sorge tragen, dass eine auskömmliche Finanzierung der kleinen Anstalten bereits ab der gesamten nächsten Gebührenperiode vollumfänglich erreicht wird.

### **Nr. 17/239**

#### **1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 31. März 2007**

(Drucksache 16/1363)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

### ***Nr. 17/240***

#### **Stellungnahme des Senats zum 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit**

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007  
(Drucksache 17/32)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

### ***Nr. 17/241***

#### **Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 31. März 2007 (Drucksache 16/1363) und zur Stellungnahme des Senats vom 28. August 2007 (Drucksache 17/32) vom 18. Dezember 2007**

(Drucksache 17/189)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

### ***Nr. 17/242***

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Förderung der Seeschifffahrt und des Reedereistandortes Bremen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 5. Februar 2008  
(Drucksache 17/226)  
  
D a z u  
  
Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 19. Februar 2008  
(Drucksache 17/246)
2. Förderung der Seeschifffahrt und des Reedereistandortes Bremen  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 19. Februar 2008  
(Drucksache 17/250)





